

Zwischen Kinderwunsch und Kinderlosigkeit

Von Wolf-Dieter Scholz

Deutschland befindet sich auf dem Weg in eine demographische Schieflage. Die Zahl der älteren Menschen nimmt zu, die der jungen immer stärker ab. Hauptursache für diese Entwicklung, die in Deutschland noch stärker ausgeprägt ist als in den anderen europäischen Ländern, ist ein dramatischer Geburtenrückgang. Er drückt sich vor allem in der anwachsenden Kinderlosigkeit von gut ausgebildeten jungen Männern und Frauen aus. Im vorliegenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, welche Ursachen für diese Entwicklung bestimmend sind, welche gesellschaftlichen Folgen sich daraus ergeben können und wie die Familienpolitik darauf reagiert.



In Deutschland häufig der Kompromiss: die Ein-Kind-Familie.

Germany is on the way to demographic imbalance. The number of older people is increasing, while there are fewer and fewer younger people. The main reason for this development, which is more pronounced in Germany than in other European countries, is a dramatic decrease in births. It is especially noticeable in the increasing childlessness of well-educated young men and women. The following discussion will explore the question, what causes are determinative for this development, which social consequences can be expected, and what reactions can be found in the political arena.

Deutschland gehen die Kinder aus! In der Politik, den Medien und in der öffentlichen Diskussion werden die Alarmglocken geläutet. Befürchtet wird, dass wir zu einer aussterbenden Nation, langfristig zu einem Land ohne Volk werden, weil sich die Geburtenentwicklung in einer beschleunigten und starken Abwärtsbewegung befindet. Von „Implosion“, „demographischer Katastrophe“ oder „demographischer Bombe“ ist die Rede, auch davon, dass wir zu einem „vergreisten und verlorenen Land“ werden. Was steckt tatsächlich hinter diesen aufgeregten Diskussionen? Sind sie Ausdruck realer Entwicklungen oder kulturpessimistische Übertreibungen aus Sorge um die Sicherung des Humanvermögens und den Erhalt der Sozialstaatsfähigkeit unserer Gesellschaft?

Zeitlebens kinderlos

Die Geburtenentwicklung in Deutschland zeigt seit Jahrzehnten eine deutlich rückläufige Tendenz, die ausgeprägter ist als in fast allen anderen Ländern der EU. Das wird z.B. in der Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl in der Generationenfolge seit den 1930er Jahren deutlich. Die zu Beginn der 1930er Jahre geborenen Frauen haben, statistisch gesehen, noch 2,2 Kinder bekommen. Diese Zahl sinkt 30 Jahre später bei den im Jahr 1960 Geborenen schon

auf 1,65. Fünf Jahre später wird noch mit 1,5 Kindern gerechnet und im Jahr 2000 lag die Zahl bei 1,36 Kindern je Frau. Auf tausend Einwohner kamen im Jahr 2003 nur noch 8,7 Geburten, das ist weniger als im letzten Kriegsjahr 1945 - eine Entwicklung mit fallender Tendenz. Die in den alten Bundesländern 1969 geborenen Frauen haben bis zu ihrem 30. Lebensjahr nur noch durchschnittlich 0,87 Kinder. Das sind 22 Prozent Kinder weniger, als die 1960 geborenen Frauen in diesem Alter hatten. Schon seit 35 Jahren ist in Deutschland die Zahl der Sterbefälle größer als die der Geburten. Ein entsprechendes Schrumpfen der Gesamtbevölkerung wurde nur dadurch vermieden, dass die jährlichen Zuwanderungen die Geburtendefizite bislang kompensierten bzw. verdeckten. Im internationalen Vergleich gibt es keine eindeutigen und gleichgerichteten Zusammenhänge zwischen den Geburtenziffern und der Frauenerwerbstätigkeit. So liegt z.B. in Deutschland die Geburtenziffer deutlich niedriger als die Frauenerwerbstätigkeit, während in den skandinavischen Ländern eine hohe Erwerbstätigenquote der Frauen mit einer Geburtenziffer verbunden ist, die deutlich über der Deutschlands liegt. Die eigentliche Dramatik des Geburtenrückgangs in Deutschland liegt aber nicht in der gesunkenen durchschnittlichen Kinderzahl

pro Familie, sondern darin, dass immer mehr Frauen und Männer zeitlebens kinderlos bleiben. Deutschland nimmt im europäischen Vergleich hier eine Spitzenposition ein. Auch wenn es kaum möglich ist, exakte Zahlen zu bekommen, gehen seriöse Schätzungen davon aus, dass z.B. von den Frauen des Geburtsjahrgangs 1935 nur neun Prozent, von denen des Jahrgangs 1965, bezogen auf Westdeutschland, aber schon 31 Prozent kinderlos geblieben sind - mit steigender Tendenz.

Dabei zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung. Es steigt einerseits die Zahl der Frauen und Männer, die zeitlebens kinderlos bleiben. Andererseits steigt auch die Zahl derer, die mindestens zwei Kinder bekommen: Knapp sechs Jahre nach der Geburt des ersten Kindes haben 80 Prozent der westdeutschen Mütter ein zweites Kind bekommen, ca. 70 Prozent aller Kinder haben zumindest ein Geschwisterteil.

Die Kinderlosigkeit korrespondiert in einem bemerkenswerten statistischen Ausmaß mit dem Bildungs- bzw. Berufsabschluss: Je höher dieser und damit der sozial-kulturelle Status ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen und Männer zeitlebens kinderlos bleiben. In Westdeutschland haben 44 Prozent der Frauen im Alter von 35 bis 39 Jahren mit einem Hochschulabschluss und nur 21 Prozent mit einem Hauptschulabschluss keine Kinder bei sich im Haushalt. Bei den Männern sind die Geringverdienenden und vor allem diejenigen mit einem hohen Einkommen überproportional kinderlos. Es kann nicht ohne gesellschaftliche Folgen bleiben, dass die Sozialgruppe, die durch ihre Bildung und Ausbildung Kindern eine besonders günstige Perspektive für das Aufwachsen bieten könnte, sich überdurchschnittlich aus der Erziehung eigener Kinder verabschiedet. Wenn unsere Gesellschaft diese Entwicklung abbremsen und umkehren will, ist die entscheidende Frage, warum zunehmend vor allem die gut ausgebildeten jungen Frauen und Männer nicht Eltern werden und worin ihre Entscheidung gegen Kinder begründet ist.

Großer Wunsch nach Kindern

Es wäre ein Irrtum, davon auszugehen, dass sich in der wachsenden Kinderlosigkeit eine normative Abkehr von der Familie oder eine sinkende Wertschätzung von Kindern ausdrückt. Das Gegenteil ist der Fall. Kinder, Ehe und Familie bleiben für die meisten Menschen die ideale Lebensform auch dann, wenn sie selber keine Kinder haben oder sich in einer anderen Form des (Zusammen-) Lebens befinden.

Hauch von Exotik: eine Familie mit 13 Kindern im thüringischen Rudolstadt.

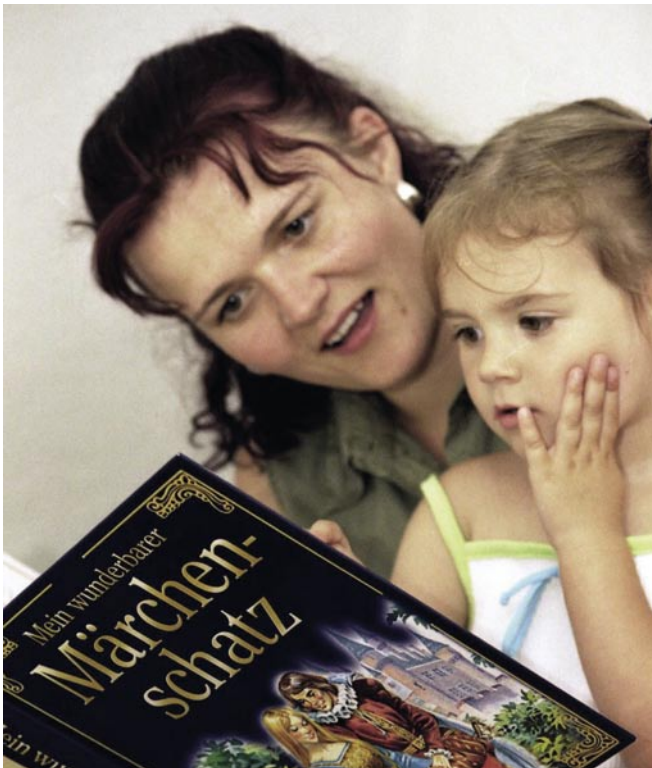


Das bestätigt eindrucksvoll eine internationale vergleichende Studie, die wir an der Universität Oldenburg gemeinsam mit FamilienforscherInnen aus Spanien, Polen, Litauen, Südkorea und Chile durchgeführt haben. Für die dabei befragte Altersgruppe der 15- bis 30-Jährigen stellen Kinder in allen beteiligten Ländern für fast alle Befragten ein hohes Lebensziel dar. Unabhängig von der bevorzugten Form des Zusammenlebens wünschen sich 76 Prozent der 2.080 befragten deutschen Jugendlichen eigene Kinder. Nur knapp 6 Prozent sprechen sich ausdrücklich dagegen aus. Dabei entspricht die Vorstellung über die Zahl der Kinder weitgehend der heutigen durchschnittlichen Kinderzahl. Die Mehrzahl (71 Prozent) möchte ein bis zwei Kinder haben. Kinder werden vor allem aus emotionalen Gründen gewünscht, sie sind eine Bereicherung des eigenen Lebens (86 Prozent). Das gilt weitgehend auch dann, wenn eigene Kinder abgelehnt werden. In diesen Fällen werden in erster Linie Gründe genannt, die in der hohen Verantwortung den Kindern gegenüber gesehen werden und in denen sich eher die Angst vor einer Überforderung der eigenen Person ausdrückt. Es zeigen sich aber auch materielle und allgemeine Zukunftsbefürchtungen. Dazu gehören Angst vor Erwerbslosigkeit, zu hohe finanzielle Belastungen und die Einschätzung, dass Kinder die Berufsmöglichkeiten einschränken könnten. Insbesondere vor dem Hintergrund solcher Befürchtungen sprechen sich mehr Frauen als Männer gegen Kinder aus. Sie verweisen vor allem auf den hohen Zeitaufwand und äußern die Sorge, dass mit Kindern eine Einschränkung in ihrer Berufstätigkeit verbunden ist (s. Tabellen Seite

12 und 13). Eine eigene Familie zu gründen ist für zwei Drittel aller Befragten ein festes Lebensziel, das bei Frauen mit 83 Prozent noch ausgeprägter ist als bei Männern (54 Prozent). Als positiv stimulierend und motivierend erweisen sich die überwiegend guten Erfahrungen in der eigenen Herkunftsfamilie. In vielen Bereichen haben diese auch eine Vorbildfunktion für die eigene (spätere) Familienausgestaltung.

Die Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach Kindern und seiner tatsächlichen Einlösung ist das Ergebnis des Zusammenwirkens vieler Bedingungen. Dabei sind eigene Familienerfahrungen, Bildungs- und Ausbildungsniveau, Kostenüberlegungen, Einschätzung der Berufs- und Erwerbschancen, zu erwartendes Einkommen und die Qualität der Partnerbeziehungen wichtige Gründe, den Kinderwunsch zunächst zu verschieben, ihn in vielen Fällen dann aber doch endgültig aufzugeben.

In der familienwissenschaftlichen Diskussion spielen ökonomische Theorieansätze eine große Rolle, nach denen das Geburtenverhalten der Menschen als Abwägungsprozess bzw. ökonomisches Kalkül rationaler Menschen im Sinne einer Kosten-Nutzen-Überlegung erklärt wird. Der Nutzen liegt dabei im schwer zu bestimmenden emotional-seelischen Bereich, die Kosten sind die leichter zu errechnenden direkten und indirekten finanziellen Aufwendungen für Kinder bzw. entgangenes Einkommen wegen der Kinder, die so genannten Opportunitätskosten. Diese werden gegeneinander gestellt und „verrechnet“. Überwiegt die Nutzenerwartung, gibt es Kinder, überwiegt die Kostenerwartung, gibt es keine. Die zeitlichen und finanziellen Aufwendungen für die Ausbildung, der



Berufstätig oder Mutterrolle? Immer mehr Frauen entscheiden sich gegen Kinder, weil sie befürchten, Beruf und Familie nicht miteinander vereinbaren zu können.

Einkommensverlust und damit die Opportunitätskosten sind bei gut verdienenden und akademisch ausgebildeten Frauen entsprechend höher. Deshalb liegen hier auch größere Barrieren, den Kinderwunsch zu realisieren. Tatsächlich zeigen statistische Korrelationen, dass der Anteil der Kinderlosen mit steigendem Einkommen größer wird.

Das könnte mit den höheren Opportunitätskosten erklärt werden. Dieser Ansatz hat zweifellos einen gewissen Charme, er verkürzt

die Entscheidung für und gegen Kinder aber auf eine eher mikro-ökonomische Betrachtungsweise und muss mit anderen Ansätzen verbunden werden, wenn die Komplexität der Ursachen des wachsenden Geburtenrückgangs besser verstanden werden soll.

Zwischen Karriere und Familie

Die Ergebnisse der „Value-of-Child-Forschung“ zeigen plausibel, dass die Entscheidung vor allem der Frauen für oder

gegen Kinder in den meisten Fällen das Ergebnis eines Abwägungsprozesses der Vor- und Nachteile im Hinblick auf die eigenen Lebensziele, Perspektiven und Prioritäten ist. Dabei spielen externe Faktoren eine Rolle, wie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Versorgungsinfrastruktur für Kinder, die gesellschaftliche Wertschätzung von Kindern, die soziale und finanzielle Lebenssituation, die subjektive Bedeutung eigener Kinder für das emotionale Lebensgefühl, die antizipierten sozialen und materiellen Opportunitätskosten und der Reiz anderer konkurrierender Lebensbereiche. Insbesondere für gut ausgebildete junge Frauen wird es zu einer entscheidenden Frage, ob und unter welchen Bedingungen sie Beruf und Familie miteinander so vereinbaren können, dass die beruflichen Ambitionen nicht hinter die Familienverpflichtungen zurücktreten. Das ist in einem ganz entscheidenden Maße von der gesellschaftlichen Akzeptanz, einem entsprechenden Versorgungs- bzw. Betreuungsangebot für Kinder und nicht zuletzt von der Bereitschaft der männlichen Partner abhängig, die Verpflichtungen in der Familienarbeit partnerschaftlich zu teilen. Frauen, die gleichermaßen gut ausgebildet sind wie die Männer und ebenso wie diese erwerbstätig sein möchten, erwarten mit Recht, dass die Sorge und Versorgung der Kinder gemeinsam von Mutter und Vater getragen wird.

In allen diesen Bereichen gibt es in Deutschland noch einen erheblichen Verbesserungsbedarf. Die Versorgungsinfrastruktur insbesondere im Kleinkinderbereich ist im europäischen Vergleich schlecht. Im Jahr 2003 gab es in Westdeutschland für zwei Prozent der Kinder unter drei Jahren Krippenplätze, in Ostdeutschland für 16 Prozent. Kindergartenplätze für Kinder im Alter von drei bis

Gründe für den Wunsch nach Kindern

„Warum möchten Sie Kinder haben?“ (Mehrfachnennungen differenziert nach männlich und weiblich in %).

Gründe für Kinder	Alle Befragten	Männliche Befragte	Weibliche Befragte
Durch Kinder wird mein Leben bereichert.	84	81	87
Weil ich mit Geschwistern aufgewachsen bin und mir deswegen das Leben in einem Haushalt mit Kindern gefällt.	52	48	57
Durch Kinder bekommt mein Leben einen Sinn.	39	43	37
Weil Menschen ohne Kinder im Alter einsam sind.	27	25	28
Weil wir erst durch Kinder eine richtige Familie sind.	26	27	26
Weil Kinder eine Beziehung stärken.	14	18	12
Ich möchte Kinder, um gebraucht zu werden.	13	12	15
Damit mein Familienname nicht ausstirbt.	6	11	2

N=1572

Gründe gegen Kinder

„Warum möchten Sie keine Kinder haben?“ (Mehrfachnennungen differenziert nach männlich und weiblich in %).

Gründe gegen Kinder	Alle Befragten	Männliche Befragte	Weibliche Befragte
Weil ich glaube, den Ansprüchen, Mutter/Vater zu sein, nicht gerecht werden zu können.	43	42	44
Weil Kinder zu viel Zeit und Aufmerksamkeit brauchen.	41	40	43
Weil ich dadurch zu sehr in meiner Berufstätigkeit eingeschränkt würde.	36	30	41
Weil meine persönliche Zukunft viel zu unsicher ist (z.B. Arbeitslosigkeit).	33	37	29
Weil Kinder zu viel Geld kosten.	30	37	25
Weil Kinder sehr viel Geduld erfordern.	29	33	28
Weil Kinder eine Partnerschaft eher belasten.	10	10	9

N=124

sechs Jahren gab es für 60 Prozent im Westen und 87 Prozent im Osten; Hortplätze für vier Prozent im Westen und für 26 Prozent im Osten. Ganz offensichtlich ist sich unsere Gesellschaft ihrer Verantwortung für eine qualitativ hochwertige Betreuung von Kindern berufstätiger Eltern nicht voll bewusst und privatisiert dieses Problem weitgehend. Ähnlich sieht es auch bei flexiblen Teilzeitschäftigungen aus, wenngleich sich hier nach Angaben des Statistischen Bundesamtes das Angebot von 1997 bis 2003 von 4,7 Mio. auf 7,2 Mio. Stellen erhöht hat. Allerdings: Diese eingeschränkten Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten werden vor allem von Frauen (85 Prozent) wahrgenommen.

In unserer oben erwähnten Studie zeigt sich bei den Fragen nach der (partnerschaftlichen) Organisation der Familienaufgaben die Zäh-lebigkeit traditioneller geschlechtsspezifischer Muster der Arbeitsteilung: Putzen, Kochen, Wäsche waschen, Einkaufen, Kinder versorgen fällt weitgehend in den Zuständigkeitsbereich der Frauen, handwerkliche Verrichtungen und die Organisation der Finanzen sind Angelegenheit des Mannes. Das sehen vor allem die befragten Männer so. Bei ihnen ist trotz grundsätzlicher Bereitschaft zum gleichberechtigten Zusammenleben der Weg vom Pascha zum Partner noch weit. Daraus ergibt sich für die Frauen die berechtigte Befürchtung und die konkrete Erfahrung, dass mit der Familiengründung auch traditionelle Rollenmuster in der Familie an faktischer Bedeutung gewinnen und den „Emanzipationsgewinn“ der kinderlosen Frauen aufzehren.

Kinderbetreuung statt Elterngeld

Die sinkenden Geburtenzahlen sind für die Zukunft unserer Gesellschaft nicht unproblematisch. Menschen - zu-

mal im erwerbsfähigen Alter - bilden die Grundlage für die Bildung und Sicherung des gesellschaftlichen Humanvermögens, weil wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Innovationsfähigkeit vor allem menschliche Qualifikationen benötigen. Dieses dürfte ebenso wie die Sicherung der Sozialstaatlichkeit und der Generationengerechtigkeit ohne eine quantitativ breite Grundlage jüngerer Menschen sehr viel schwieriger zu realisieren sein. Es gehört zweifellos zu den großen Errungenschaften der vorangegangenen Generationen, dass die durchschnittliche Lebenserwartung stark angestiegen ist. Gleichzeitig geht aber die Zahl junger erwerbsfähiger Menschen zurück. Die Überalterung wird durch eine verstärkte Zuwanderung kaum zu verändern sein. Sie ist nur durch mehr Kinder und durch eine Politik zu lösen, die es vor allem den Frauen leichter macht, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Familienpolitik zu bewerten. In Deutschland liegen die direkten und indirekten Transferleistungen, die Staat und Sozialversicherungsträger für die Familien erbringen, bei ca. 150 Milliarden € jährlich (drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts). Doch trotz dieser erheblichen finanziellen Aufwendungen ist es bisher nicht gelungen, den starken Geburtenrückgang zu bremsen oder gar umzukehren. Der Grund dafür liegt nach meiner Ansicht in dem falschen Ansatz, wonach finanzielle Anreize vor allem für Frauen erhöht werden müssten, damit diese sich stärker auf Familienarbeit - und das Kinderkriegen - beschränken. Viel sinnvoller wäre es stattdessen, durch verbesserte Rahmenbedingungen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Das im Frühjahr 2006 von der Bundesregierung

verabschiedete neue Elterngeld ist ein aktuelles Beispiel für die verfehlte Politik. Geschätzt werden die jährlichen Kosten für das 12- bzw. 14-monatige Elterngeld auf fast vier Milliarden €. Würde dieses Geld für den Ausbau der Kindertagesbetreuung verwendet, könnte vor allem den gut ausgebildeten Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert werden. Dieses wäre vermutlich ein effektiverer Schritt zur Anhebung der Geburtenrate als das Elterngeld.

Der Autor



Prof. Dr. Wolf-Dieter Scholz ist Hochschul-lehrer für Pädagogik und empirische Bildungsforschung im Institut für Pädagogik der Fakultät I Erziehungs- und Bildungswissenschaften. Er promovierte und

habilitierte sich nach dem ersten und zweiten Staatsexamen für das Lehramt in der empirischen Bildungsforschung. Die Schwerpunkte und Veröffentlichungen seiner Forschungsarbeiten liegen in den Bereichen der Familienwissenschaft, des Hochschulzugangs für Berufstätige ohne Abitur, der Methodenprobleme in der empirischen Sozialforschung und in der Sucht- und Drogenarbeit. Scholz ist Mitglied der Interdisziplinären Forschungsstelle Familienwissenschaft (IFF), Leiter der Arbeitsgruppe Devianz sowie örtlicher Beauftragter des Prüfungsamtes für den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ohne Hochschulreife/Fachhochschulreife für den Bereich der Universität Oldenburg. Von 2003 bis 2005 war er Vizepräsident für Forschung und Nachwuchsförderung an der Universität.